

UPDATE LEBENSMITTELRECHT 2/2020



KOMPETENZEN

Lebensmittel-, Futtermittel-,
Kosmetik- und Konsumgüterrecht

BERATUNGSSPEKTRUM

- Klärung branchen- und produkt-spezifischer Fragestellungen
- Vertretung vor Behörden und Gerichten
- Kennzeichnung und Bewerbung von Produkten (inkl. Verkaufsförderungsmaßnahmen)
- Erstellung und Optimierung von HACCP-, Hygiene- und Qualitätsmanagementkonzepten
- Krisenmanagement
- Inhouse-Schulung
- Food Compliance
- Maßnahmen zur Reduzierung des Haftungsrisikos
- Besonderheiten des Fernabsatzes
- Beratung und Unterstützung bei Zulassungsverfahren
- Überprüfung der Verkehrsfähigkeit

HYGIENEPRANGER: KEINE VERÖFFENTLICHUNG BEI ABGABE AN DIE STAATSANWALTSCHAFT

Der Bay. VGH ([Beschluss v. 12.12.2019, Az.: 20 CE 19.1634](#)) hatte sich im Rahmen eines Beschwerdeverfahrens erstmals mit der Frage auseinander zu setzen, ob eine Veröffentlichung auch dann auf § 40 Abs. 1a S. 1 Ziff. 3 LFGB gestützt werden kann, wenn die Lebensmittelüberwachungsbehörde Strafanzeige stellte und das Verfahren nach § 41 OWiG an die Staatsanwaltschaft wegen Verdachts einer Straftat abgegeben hat. In einer für den einstweiligen Rechtsschutz bemerkenswerten Reflexionstiefe setzt sich der Verwaltungsgerichtshof mit den Tatbestandsmerkmalen von § 40 Abs. 1a S. 1 Ziff. 3 LFGB auseinander und erachtet eine Veröffentlichung bei einer strafrechtlichen Verfolgung zu Recht als unzulässig.

§ 40 Abs. 1a S. 1 Ziff. 3 LFGB verpflichtet die Behörde zur Information der Öffentlichkeit unter Nennung der Bezeichnung des Lebensmittels oder Futtermittels sowie unter Nennung des Lebensmittel- oder Futtermittelunternehmens, sofern die Verhängung eines Bußgeldes von mindestens 350 Euro zu erwarten ist. Einige Bundesländern – wie beispielsweise Bayern, Baden-Württemberg oder Hamburg – halten eine Information der Öffentlichkeit im Sinne eines Erst-recht-Schlusses auch dann für zulässig, wenn Anhaltspunkte eines strafrechtlich relevanten Verhaltens des Lebensmittel- oder Futtermittelunternehmers vorhanden sind und eine Abgabe an die Staatsanwaltschaft erfolgte (vgl. [Bay. StMUV, Vollzugshinweise zu Veröffentlichungen nach § 40 Abs. 1a LFGB](#)).

Dieser Rechtsauffassung ist der Bay. VGH zunächst unter Verweis auf den eindeutigen Wortlaut der Vorschrift, der sich nur auf „Bußgelder“ erstreckt, entgegengetreten. Auch die Entstehungsgeschichte steht einem Erst-recht-Schluss entgegen, da der Bundesrat während der Beratungen zu § 40 Abs. 1a LFGB forderte, den Anwendungsbereich der Norm auch auf Straftaten zu erstrecken (BR-Drs. 369/1/18, S. 3/4); dieser Forderung kam der parlamentarische Gesetzgeber jedoch nicht nach. Da Bundesrat und Bundesregierung sich im Gesetzgebungsverfahren intensiv mit der Anwendbarkeit der Vorschrift auseinandersetzen, lehnte der Bay. VGH vorliegend auch die für eine analoge Anwendung der Vorschrift erforderliche planwidrige Regelungslücke ab. § 40 Abs. 1a Satz 1 Nr. 3 LFGB ist daher weder im Wege der Auslegung noch der Analogie auf eine zu erwartende strafrechtliche Ahndung anwendbar.

Bedeutung für die Praxis:

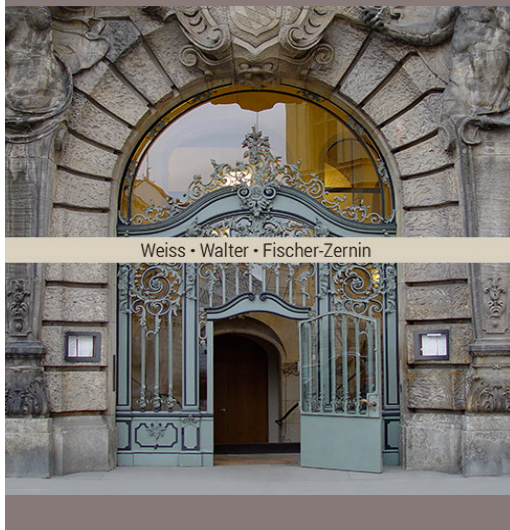
Hat die Lebensmittelüberwachungsbehörde das Verfahren aufgrund des Verdachts lebensmittelrechtlicher Verstöße an die Staatsanwaltschaft abgegeben, muss eine Veröffentlichung nach § 40 Abs. 1a S. 1 Ziff. 3 LFGB unterbleiben. Die Tatbestandsvoraussetzungen der zu erwartenden Verhängung eines Bußgeldes von mindestens 350 Euro sind in diesem Fall nicht mehr erfüllt. In diesen Fällen kann – wie die vorliegende Entscheidung zeigt – die Inanspruchnahme gerichtlicher Hilfe mittels Antrags nach § 123 VwGO sinnvoll sein, um die eine drohende Veröffentlichung abzuwehren.

So erreichen Sie uns:

Weiss · Walter · Fischer · Zernin
Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer Steuerberater
Kardinal-Faulhaber-Straße 10
80333 München
Germany

Tel.: +49 89 290719-0
Fax: +49 89 290719-17
Email: lebensmittelrecht@rae-weiss.de

www.rae-weiss.de



WEITERE URTEILE

BVerwG: Abgrenzung von Nahrungsergänzungs- und Arzneimitteln

Die Einstufung als Nahrungsergänzungs- oder als Arzneimittel erfordert eine Gesamtbetrachtung der Produktmerkmale; dabei sind mögliche Gesundheitsrisiken zu berücksichtigen. Dies stellte das BVerwG ([Urteil vom 07.11.2019, Az.: 3 C 19.18](#)) klar. Nennenswerte Wirkungen auf physiologische Funktionen führen nicht zwingend zur Beurteilung als Arzneimittel.

BGH: Haftung für Kundenbewertungen auf Amazon

Der BGH ([Urteil vom 20.02.2020, Az.: I ZR 193/18](#)) hat klargestellt, dass Anbieter, die ihre Produkte bei Amazon vertreiben, nicht für irreführende Kundenbewertungen haften. Kundenrezensionen seien nach Ansicht des Gerichts erkennbar vom Angebot getrennt.

BGH: Rückruf- und Beseitigungspflicht bei Unterlassungsgebot

Nach Ansicht des BGH ([Beschluss vom 17.10.2020, Az.: I ZB 19/19](#)) verpflichtet das in einem Unterlassungstitel enthaltene Verbot nicht nur zum Unterlassen weiterer Vertriebshandlungen von rechtsfehlerhaft gekennzeichneten Produkten, sondern auch dazu, die Produkte aktiv zurückzurufen oder die Abnehmer aufzufordern, die Ware nicht weiter zu vertreiben. Diese Handlungspflicht beschränkt sich allerdings darauf, im Rahmen des Möglichen, Erforderlichen und Zumutbaren auf Dritte einzuwirken. Der BGH hält damit an seiner bisherigen Rechtsprechung fest ([Beschluss vom 29.09.2016, Az. I ZB 34/15](#)).

OVG Lüneburg: Inverkehrbringen neuartiger Lebensmittel

Das OVG Lüneburg ([Beschluss vom 12.12.2019, 13 ME 320/19](#)) hat festgestellt, dass Lebensmittel, die durch Extraktion gewonnenes Cannabidiol (CBD) enthalten, "neuartig" i.S.d. Verordnung (EU) 2015/2283 sind. Die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass ein Lebensmittel bzw. eine Zutat nicht neuartig ist, trägt der Lebensmittelunternehmer, der das Lebensmittel oder die Zutat in Verkehr bringt oder bringen will. Ein Inverkehrbringen liegt auch dann vor, wenn ein Hersteller die nach den Spezifikationen eines Auftraggebers hergestellten Enderzeugnisse an seinen Auftraggeber abgibt.

VG Schleswig: Anforderung an Vertriebsverbot für Futtermittel

Kann die Überwachungsbehörde weder nachweisen, dass in einem Futtermittel ein nicht zugelassener Zusatzstoff verwendet wird, noch, dass es sich (möglicherweise) nicht um ein Ergänzungsfuttermittel handelt, geht der Aufklärungsmangel zu Lasten der Futtermittelüberwachung. Das mittels Sofortvollzug ausgesprochene Vertriebsverbot ist daher nach Ansicht des VG Schleswig ([Beschluss vom 27.01.2020, Az.: 1 B 108/19](#)) statthaft.

Stand: 24.02.2020

Redaktion: lebensmittelrecht@rae-weiss.de

Dr. Markus Kraus, Rechtsanwalt

Dr. Jan Kreklau, Rechtsanwalt

Haftungsausschluss

Der E-Mail-Service wurde mit Bedacht und Sorgfalt erstellt. Dennoch kann keine Haftung für Fehler oder Unvollständigkeit übernommen werden. Der E-Mail-Service stellt keine auf den Einzelfall bezogene Beratung dar und kann anwaltlichen Rechtsrat nicht ersetzen.

Im Text bestehen Verlinkungen auf Seiten Dritter, deren Inhalte wir nicht beeinflussen können. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.

Sollten Sie Rechtsberatung benötigen, steht Ihnen unsere Sozietät gerne zur Verfügung.